

Kranke Hirne auf Facebook

Menschen, die wie ich den ganzen Tag vor einem Bildschirm rumhängen (müssen), stoßen immer wieder auf Dinge, die sie gar nicht sehen wollen. Auf Beiträge und Personen, von denen unsereins wünschen würde, dass es sie gar nicht gäbe. Aber es gibt sie.

Gestern blieb ich zufällig auf einem privaten Strang bei Facebook hängen - keine Partei oder Gruppe. Ganz privat tauschten sich da offenbar einige unserer Landsleute Ost darüber aus, jetzt sei es an der Zeit, dass Putin eingreife und dem Spuk in Deutschland mit dieser Bundesregierung endlich ein Ende macht. Offenbar meinten diese Vollhonks das wirklich ernst, die sich natürlich auch ihr Gehalt oder staatliche Leistungen nicht in Rubel auszahlen lassen, sondern gerne den Euro nehmen, über den sie so schön schimpfen. Und die vergessen haben, dass man in autokratischen Gesellschaften, wenn man etwas Derartiges öffentlich formuliert, auch mal eine Stunde später abgeholt wird.

Ich kann mich noch erinnern, dass es früher bei Kneipengesprächen von Älteren, wenn irgendwer etwas ansprach, was gerade schlecht lief, immer irgendwann aus der Runde sagte: „Wir müssten mal wieder für eine Woche einen Führer haben!“ Der für Ordnung sorgt und so, und manche lachten dann. Ich fand das damals zum Kotzen, und ich finde es auch heute zum Kotzen. Nein, wir wollen einen Rechtsstaat haben, eine freiheitliche Demokratie mit Pluralismus und Meinungsfreiheit. DAS ist bürgerlich, auch konservativ oder liberal. Kein Mensch braucht einen „Führer“, und die Lockerheit, mit der Leute offen eine russische Intervention in unserem, in meinem Land, herbeireden wollen, ist einfach nur ekelerregend.

Klar, ich lehne viele Entwicklungen in diesem Land konsequent ab. Diese Bundesregierung ist die schlechteste in der Geschichte seit 1949. Frau Merkel gehört wegen der fahrlässigen Gefährdung der Inneren Sicherheit durch ihre Flüchtlingspolitik und wegen des mehrfachen Bruchs geltender Gesetze vor ein Gericht gestellt. Aber: Hilferuf an Putin, hier einzumarschieren und die frei gewählte deutsche Regierung zu stürzen - das können sich nur kranke Hirne ausdenken. Und das sind ja Leute, die sich selber als „Patrioten“ verstehen.

Die gute Nachricht zum Schluss. Das mit dem Einmarschieren wird nix. Wie antwortete der legendäre Don Camillo im Film immer breit grinsend, wenn ihm ein paar kommunistische Heißsporne eine Tracht Prügel androhten? „Das ist aber gar nicht so einfach...“ Und dann griff er zu einem dicken Holzseil....

Auf Lesbos bahnt sich die nächste Katastrophe an

70 Kilometer lang, 40 Kilometer breit - das ist Lesbos, drittgrößte der griechischen Inseln. 85.000 Einwohner, ein Geheimtipp für Touristen. Wenn auf Lesbos eine Frau heiratet, erhält sie nicht nur eine Aussteuer, sondern ein Haus, in das das Paar einzieht, um eine Familie zu gründen. Der Begriff lesbisch

im Sinne von weiblicher Homosexualität steht - Sie ahnen es - übrigens auch in Zusammenhang mit der Insel. Auf Lesbos sang einst die antike Dichterin Sappho in ihren Gedichten von der Liebe zu Frauen.

Lesbos könnte also ein Paradies sein, doch das ist vorbei, seit ab 2015 zunächst tröpfchenweise immer mehr Flüchtlinge ins Land kamen, vornehmlich aus Syrien. Allein im Juli und August vergangenen Jahres kamen dann aber 12.000 Flüchtlinge mit Booten auf Lesbos an. 12.000 in zwei Monaten bei einer Population von 85.000 insgesamt!

Das Flüchtlingslager Moria, eingerichtet für die Aufnahme von 3.000 Menschen, war zeitweise mit fast 20.000 belegt - unter für uns Westeuropäer unvorstellbar schlechten hygienischen Zuständen. Als im Februar und März dieses Jahres unser sympathisches Partnerland Türkei seine Grenzen in die EU für Flüchtlinge öffnete, machte Griechenland dicht, das nebenbei auch noch einen ernsten Konflikt mit Erdogans Reich wegen der Rechte auf gewaltige Öl- und Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer zu meistern hat. Wenn es schlecht läuft, droht sogar ein Krieg. Das NATO-Land Griechenland hat vor drei Tagen angekündigt, in Frankreich Kampfflugzeuge und eine Fregatte einzukaufen, um für einen bewaffneten Konflikt mit dem NATO-Partner Türkei vorbereitet zu sein. Völlig irre das Ganze, so wie man manchmal den Eindruck hat, die ganze Welt dreht langsam durch.

Als sei das nicht alles schon schlimm genug, haben jetzt Russlands Präsident Wladimir Putin und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zeitgleich angekündigt, in dem Konflikt vermitteln zu wollen. Hoffentlich halten Putins Söldner bei der Gelegenheit keine „Volksabstimmung“ auf Kreta und Zypern ab so wie damals auf der Krim.

Vorgestern Abend hat es im Lager Moria gebrannt, sehr intensiv gebrannt. Moria? Ja, wir erinnern uns, in dem Lager war Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) Anfang August zu Besuch. Der musste allerdings abgebrochen werden, weil sich unter den Menschen im Lager das Gerücht verbreitete, der deutsche Regierungschef sei da, was zu ekstatischen Ausbrüchen führte. Denn wenn ein deutscher Regierungschef da ist, wer weiß, da springen vielleicht ein paar Freiflüge ins gelobte Land heraus. Aber wenn zumindest schonmal die syrischen Flüchtlinge Armin Laschet für einen geeigneten Bundeskanzler in Deutschland halten, ist das sogar auf jeden Fall eine Win-Win-Situation.

Der Brand in Moria ist - mutmaßlich - von Flüchtlingen gelegt worden, die aus Dankbarkeit über ihre Rettung erst einmal die anrückende griechische Feuerwehr mit Flaschen **bewarfen** und am Löschen hinderte. So ließ die Zentralregierung in Athen Spezialeinheiten der Polizei einfliegen, um die eskalierende Lage unter Kontrolle zu bringen. 12.000 Flüchtlinge wollten darauf nicht warten und zogen sich auf „Hügel und in die Wälder“ zurück, wie die dpa meldete. Da sitzen sie nun, umringt von Uniformierten. Gut, dass es Armin Laschet gibt. Der kündigte gestern an, wenn die EU die 12.000 aufnimmt, dann übernimmt er - also wir - 1.000 davon. Und wie einst die Grüne Göring-Eckardt freuen wir uns drauf...

Unsere freiheitlichen Demokratien im Westen sind in Gefahr, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Es tobt ein Kampf mit denen, die von der Wiedereinführung sozialistischer Gesellschaftsmodelle träumen, und die den Umbau auch der deutschen Gesellschaft zu einem ganz anderen Land betreiben. Dieser Kampf hat

gerade erst begonnen, und er wird auf der Straße, an den Wahlurnen und in den Medien geschlagen. Bitte helfen Sie uns, effektiv daran mitwirken zu können, dass Deutschland frei und lebenswert wird, wie es mal war.

Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

30 Jahre Deutsche Einheit: Hat der Sozialismus doch gewonnen?

30 Jahre Deutsche Einheit feiern wir in diesen Tagen - und so war es folgerichtig, dass sich die bürgerliche Schwarmintelligenz 2020 in einem ostdeutschen Bundesland - in Erfurt - trifft. Hauptredner der Podiumsdiskussion zu diesem Thema war der ehemalige Präsident des Bundeamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen. In der zweieinhalbstündigen intensiven Diskussion vor über 300 Zuschauern geriet nach der Beschreibung des Ist-Zustandes in unserem Land immer mehr die Frage in den Blickpunkt: Welche Seite hat eigentlich „gewonnen“ 1989? Historiker waren sich damals bombensicher: Das offensichtliche Scheitern des sozialistischen Gesellschaftsexperimentes überall auf der Welt werde nach dem Ende des Sozialismus osteuropäischer Prägung ein für allemal auch für die Zukunft als gescheitert betrachtet werden. Doch das ist 30 Jahre danach keineswegs mehr der Fall.

Maaßen referierte, es sei der damaligen Führung der DDR natürlich klar gewesen, dass „sie den kalten Krieg ökonomisch nicht gewinnen können und auch nicht militärisch, insbesondere nach dem NATO-Doppelbeschluss“. Dem Ministerium für Staatssicherheit sei bereits ab 1987 klargewesen, dass „die DDR wirtschaftlich kollabieren würde“. Aber Maaßen analysierte klar, dass die Führung der SED durch und durch aus fanatisierten Sozialisten bestand, die wirklich an ihr System glaubten. Ein innerer langsamer Wandel hin zu einem kapitalistischen System sei ausgeschlossen gewesen. Maaßen: „Die DDR war beherrscht von einer hochideologisierten fanatischen Elite.“ Es sei absurd, anzunehmen, dass die beeindruckt gewesen seien durch so etwas wie den Fall der Mauer.

Maaßen schilderte, dass der Marsch durch die Institutionen in Westdeutschland nicht erst 1968 begonnen habe, sondern schon in den 50er Jahren. Da hätten das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und in gleichem Maße auch der sowjetische KGB damit begonnen, Kader linker Gruppen in das System der westdeutschen Gesellschaft einzuschleusen. Deren eindeutiger Auftrag sei die Zersetzung Westdeutschlands gewesen. Und die Gefahren „einer solchen Subversion“ sei von den westdeutschen Regierungen total unterschätzt worden.

Die Diskussion in Erfurt gestern hatte viele Facetten mit vielen herausragenden Beiträgen der anderen

Teilnehmer auf dem Podium: Dieter Stein, Chef der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Vera Lengsfeld, frühere Bürgerrechtlerin und Bundestagsabgeordnete, Simone Baum, stv. Bundesvorsitzende der WerteUnion und Dr. Holger Thuss, wie Baum gelernter DDR-Bürger (und EIKE-Chef), der mit spitzer Zunge das Leben in der früheren DDR beschrieb. Die komplette Diskussion können Sie im Internet [hier](#) anschauen. Und es lohnt sich, dranzubleiben.

So komme ich aber zu Bundeskanzlerin Angela Merkel von der CDU, die nach dem Mauerfall plötzlich aus dem Nichts auf der großen politischen Bühne auftauchte. Vera Lengsfeld erzählte von ihren Beobachtungen damals und von ihren persönlichen Begegnungen mit Merkel, die aus einem linientreuen tiefroten Haushalt stammt - von Hamburg in den sozialistischen Einheitsstaat übergesiedelt, weil ihr Vater - „der rote Kasner“ - ein evangelischer Theologe und Kommunist durch und durch - die DDR für das bessere Deutschland hielt. Angela Merkel, eine Frau, die Bekannten damals erzählte, dass die CDU niemals etwas für sie sein könnte. In deren Umfeld sich Informelle Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit geradezu tummelten. Viele wurden nach der Wende enttarnt, Ibrahim Böhme von der SPD, Wolfgang Schnur vom Demokratischen Aufbruch. Wohlmöglich sogar Lothar de Maiziere, der das bis heute bestreitet.

Und mittendrin Angela Merkel, langjährige CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzlerin unseres Landes. Wie war, ist das möglich? Unter ihrer Parteiführung wurde die CDU bis zur Unkenntlichkeit deformiert. Ihre Politik hat Deutschland in eine bedrohliche Schieflage gebracht, wenn Sie an die völlig verantwortungslose und sicherheitsgefährdende Massenmigration aus dem islamischen Kulturkreis denken. Schwachsinn wie GenderGaga durchdringt alle Bereiche unserer Gesellschaft, bei den linksgrünen Anhängern hat Frau Merkel höchste Zustimmungswerte. Die SPD hat bei den vergangenen beiden Koalitionsverhandlungen praktisch allein und mit Kopfnicken der gesamten Unions-Führung durchgesetzt, was gemacht werden soll.

Und über diese Angela Merkel gibt es in den zugänglichen Stasi-Archiven nicht ein einziges Blatt Papier, was massiv darauf hindeutet, dass hier etwas nicht stimmen kann. Maaßen formulierte es mit hintergründigem Lächeln so: „Stasi-Chef Markus Wolf ist Ende 1989 oft nach Moskau geflogen. und er hatte immer Koffer dabei.“

Deutschland übernimmt Stück für Stück eine sozialistische Agenda, Mindestlohn, Grundeinkommen auch für die, die keinen Bock auf Arbeit haben, Bürokratismus und Fesseln für die deutschen Unternehmen. Man kann sich das gar nicht ausdenken, was in diesem Land gerade passiert. Und deshalb wir müssen Widerstand leisten, demokratisch, aber jetzt. Und jeder von uns ist aufgerufen, aufzustehen. Sonst werden wir irgendwann in einem Land aufwachen, wo es zwar Berge von Bananen in jedem Supermarkt gibt, aber keine individuelle Freiheit mehr. Eine DDR 2.0 mit Bio-Läden, aber ohne Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Hier auf diesem Blog und für mich persönlich geht es in meiner und unserer Arbeit nur noch darum, Demokratie und Rechtsstaat, kurz unsere Freiheit, zu verteidigen. Gegen ganz unterschiedliche Feinde und krude ideologien, die der Natur freiheitsliebender Bürger entgegenwirken. Unser Land steht vor

einem tiefen Umbruch, und niemand weiß, wohin wir gerade steuern. Alternative Medien wie dieser Blog leisten in dieser Zeit einen wichtigen Beitrag dazu, anderen Sichtweisen Raum zu schaffen. Damit das so bleibt, brauchen wir IHRE HILFE. Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

Unser Land nicht den Anderen überlassen!

Liebe Leserinnen und Leser,

zum fünften Mal trifft sich morgen der bürgerliche Schwarm rund um diesen Blog. Beim ersten Mal noch ein lockeres Beisammensein im beschaulichen Kleve am Niederrhein (NRW), treffen wir uns nun zum ersten Mal in einem ostdeutschen Bundesland - in Thüringen, genau in Erfurt.

Das war eine bewusste Entscheidung, denn wir feiern 30 Jahre Deutsche Einheit - auch auf unserer Veranstaltung. Wie jedesmal haben wir einen bunten Mix an Teilnehmern und Rednern. Wie jedesmal geht es ums Kennenlernen, Vernetzen und das offene Wort. Die rot-grüne Meinungspolizei dieser Tage will nicht, dass sich Konservative und Liberale, Libertäre und Christen, Handwerker und Polizisten, Landwirte und kinderreiche Familien an einen Tisch setzen und über unser Land und die Zukunft unserer Kinder sprechen. Nicht medienöffentlich, ganz unter uns, freier Meinungs austausch - so, wie es im Handbuch demokratischer Gesellschaften vorgesehen ist, aber in unserem Land immer mehr verkümmert, ja aktiv bekämpft wird.

Unser Land - darf man das eigentlich heute noch sagen? Müssen wir nicht alles global denken, international, europäisch? Ist die Zeit der Nationalstaaten vorbei? Wollen wir, dass Brüssel oder die Vereinten Nationen (UN) nicht nur entscheiden, welche Glühbirnen wir nutzen dürfen, in welcher Struktur Menschen zusammenleben wollen, was ein Migrant ist, und dass er von den Wohlhabenden alimentiert werden muss, selbst wenn er die gastgebende Gesellschaft verachtet und nicht bereit ist, etwas für das gemeinsame Wohlergehen beizutragen? Ich jedenfalls will das nicht.

Deshalb beschränke ich mich nicht mehr auf meine publizistische Arbeit, sondern organisiere politische Netzwerke, die der unheilvollen Entwicklung entgegenzutreten wollen.

700 Teilnehmer hatten wir erwartet in Erfurt, 304 sind es geworden, weil Corona unser Leben durcheinandergewirbelt hat. Ja, natürlich halten wir uns an das Hygienekonzept, halten die Spielregeln ein. Aber wir erlauben uns auch, offen über deren Sinnhaftigkeit zu streiten. Denn wir sind freie Bürger, und wir wollen dieses Land nicht denen überlassen, die eine ganz andere Agenda verfolgen.

Ihr Klaus Kelle

Unsere Arbeit wird nicht mit Zwangsgebühren und Steuergeldern finanziert. Wir müssen jeden Cent bei Ihnen und Euch erbetteln, um unsere Aktivitäten ausweiten zu können. Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine und unsere Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

Die Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel ist ein Desaster

So unterschiedlich sie sonst sind, so einig sind sie sich in der Bewertung. Die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin Angela Merkel und der sie tragenden Regierung in den vergangenen fünf Jahren ist eine Katastrophe, die dieses Land noch auf lange Sicht beeinträchtigen und schädigen wird. Linke-Fraktionschefin Sarah Wagenknecht schreibt bei n-tv über Merkel, sie habe mit ihrer Entscheidung und dem Versprechen „Wir schaffen das“ „unser Land verändert, das heute tiefer gespalten ist als je zuvor, ökonomisch, sozial, kulturell“.

Hans-Georg Maaßen, früherer Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und heute Mitglied der konservativen Basisbewegung WerteUnion in CDU und CSU legte an gleicher Stelle nach:

„Fünf Jahre nach Beginn der Flüchtlingskrise ist Deutschland wegen der Zuwanderung gespaltener denn je und die EU ist geschwächt worden; es hat sich gezeigt, dass Parallelgesellschaften durch den Zuzug gestärkt wurden, die Integration vieler junger arabischstämmiger Muslime misslungen ist und dass islamistische Anschläge und Straftaten durch Migrantinnen zugenommen haben.“

Dann nehmen wir noch einen Politiker der Grünen dazu, damit das Bild rund wird. Tübingens OB Boris Palmer sagt:

„Fast eine halbe Million Menschen ist weiterhin im Land, obwohl kein Schutzanspruch besteht. Geflüchtete haben wesentlichen Anteil an Krawallen wie in Stuttgart oder Frankfurt, sie sind weit überdurchschnittlich kriminell und zwei Drittel haben nach wie vor keine richtige Arbeit.“

Imposanter Ausdruck eines tiefen Unbehagens in unserer Gesellschaft

Der beeindruckende Demo-Tag in Berlin ist noch nicht zu Ende, aber ein erstes Fazit ist erlaubt. Auch dieses Mal versuchte die Obrigkeit zunächst, die Teilnehmerzahl niedriger zu halten als sie tatsächlich war. Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) räumte am späten Nachmittag selbst ein, dass wohl 35' bis 38.000 Menschen an den weitgehend friedlichen Protesten teilgenommen hatten. Gegen Mittag hatte die Berliner Polizei noch von 18.000 gesprochen.

Jeder, der schon einmal an einer Großdemonstration teilgenommen hat, weiß, dass man sich nicht jeden aussuchen kann, der da in der Menge mitläuft. Aber auch wenn Kaiserreichsflaggen zu sehen waren - neben Deutschland-, Norwegen- und US-Fahnen - war die große Menge erkennbar nicht durch extremistisches Gedankengut motiviert, sondern legitimer Teil unserer deutschen Zivilgesellschaft. Daran änderte am späten Nachmittag auch nicht das aggressive Verhalten einer Gruppe offensichtlich rechtsextremer Teilnehmer (erkennbar an ihren schwarzen T-Shirts mit nationalistischen und martialischen Texten drauf), die Polizeibeamte attackierten und sieben von ihnen verletzten. Insgesamt wurden bei den Auseinandersetzungen 200 Personen festgenommen. *(Nachtrag: Später hat es wohl einen Versuch einer Gruppe Randalierer gegeben, in den Reichstag einzudringen)*

Offenkundig ging es den Zehntausenden auch nicht ausschließlich um die Corona-Maßnahmen bei ihrem Protest. In Redebeiträgen, Sprechchören und auf Plakaten drückt sich ein tiefes Unbehagen über den Kurs aus, den dieses Land in den vergangenen Jahren eingeschlagen hat. Und der gemeinsame Nenner hat einen Namen: Angela Merkel. Michael Ballweg, Initiator der Initiative „Querdenken 711“, erntete tosenden Beifall für seine Forderung nach sofortigem Rücktritt der Bundesregierung Merkel.

Der Rücktritt wird - das wissen wir alle - nicht kommen, aber dieser Tag in Berlin war etwas Besonderes, zeigte er doch eindrucksvoll, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung nicht mehr mittanzen will angesichts übersichtlicher Zahlen bei Neuinfektionen und Sterbefällen.

Dennoch: Es war am 1. August und auch heute ein Fehler, die Abstandsregeln und das Tragen von Schutzmasken demonstrativ zu ignorieren und damit einen Abbruch der Veranstaltung zu provozieren. Wenn ich gegen Tempo 30-Zonen bin, darf ich dennoch nicht einen Protest-Autokorso mit 80 km/h veranstalten. Selbst wenn man die Corona-Regeln für falsch hält, kann nicht jeder tun, was er persönlich für richtig hält - durch unvernünftiges Verhalten gewinnt man keine Zustimmung bei der offenbar weiter bestehenden Mehrheitsgesellschaft. Mit Masken und Abstand und ohne Ausschreitungen einer zahlenmäßig wirklich kleinen Gruppe von Randalierern wäre dieser Tag eine Sternstunde der Demokratie geworden. Ein Erfolg war es dennoch, dass eine so große Zahl normaler Bürger für Freiheitsrechte und Meinungsfreiheit auf die Straße gegangen ist. Und dass Gerichte unseren Grundrechten gegen den Willen der Regierenden den Weg gebahnt haben. Genau das macht einen Rechtsstaat aus.

Vorhin schrieb mir eine enthusiastische Leserin im Messenger eine Nachricht „*Schon die zweite Ohrfeige heute für die Polizei und die BRD in Berlin*“. Mehr deplatziert geht nicht, oder? Zum einen sind „die Polizei“ vor allem die jungen Beamten, die für uns alle einen harten Tag in Berlin hinter sich gebracht haben. Das sollte man nicht mit den politisch abhängigen Polizeiführern gleichsetzen. Vor allem aber war das genau das Gegenteil einer Ohrfeige, zeigt es doch, wie gut unser Rechtsstaat immer noch funktioniert, wenn es darauf ankommt. Und wer nach 30 Jahren Deutsche Einheit immer noch von „BRD“ schwafelt, hat nichts verstanden und sollte sich auch nicht selbst als Patriotin bezeichnen.

Was folgt aus diesem Tag in Berlin? Unmittelbar nichts, denn natürlich werden weder die Corona-Maßnahmen ausgesetzt noch wird Frau Merkel zurücktreten. Aber der Protest wird sichtbar, selbst viele Mainstreammedien haben nach dem beabsichtigten Verbot der Demo beißend scharf kritisiert, was hier gerade schief läuft. Außer natürlich dem öffentlich-rechtlichen Staatsfunk, den man nicht mehr mit objektivem Journalismus in Verbindung bringen sollte. Diese Sendeanstalten, die nichts mehr sind als Lautsprecher der Regierenden, sind einfach nur noch überflüssig.

Unser Land steht vor einem tiefen Umbruch, und niemand weiß, wohin wir gerade steuern. Alternative Medien wie dieser Blog leisten in dieser Zeit einen wichtigen Beitrag dazu, anderen Sichtweisen Raum zu schaffen. Damit das so bleibt, brauchen wir IHRE HILFE. Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

Demonstrieren verboten, SadoMaso erlaubt

Der Berliner Senat weiß, was gut für seine Bürger ist. Demonstrieren gegen die dauerhafte Einschränkung von Grundrechten – das wird verboten. Es könnten sich ja manche nicht an Abstandsregeln und Mundschutz-Vorschriften halten. So wie bei der Black-Lives-Matter-Demo seinerzeit, aber das ist ganz etwas anderes, weil links, also grundgut.

Nun wollen vermeintlich „Rechte“ in Berlin demonstrieren, und das geht gar nicht, weil falsches Thema. Kritik an der Corona-Politik der Gottkanzlerin aus der Uckermark? Unerhört. Voll die Reichsbürger und Verschwörungstheoretiker, ey.

Anfang August hatte sich der Senat schon mit einem weiteren wichtigen Grundrecht in der Stadt beschäftigt: dem Geschlechtsverkehr gegen Bezahlung, Prostitution genannt. Im Hinblick auf die „oft sehr prekäre Situation von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern“ seien Lockerungen in diesem Bereich „aus gesundheits-, aber auch aus frauenpolitischer Sicht“ geboten. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Nochmal: Für den rot-rot-grünen Senat ist es aus „gesundheits- und frauenpolitischer Sicht geboten“, in Corona-Zeiten wieder anschaffen zu gehen – oder wie der Senat das nennt „ihrer

Tätigkeit nachzugehen“.

Aber wie geht man so einer „Tätigkeit“ nach mit 1,50 Meter Abstand - was auch akrobatisch eine Herausforderung für manche sein dürfte? Oder - total erotisch - mit Gesichtsmaske? Zugegeben, manche standen auch vor Corona schon auf so was. Doch wenigstens für die Liebhaber solcher Spielarten gibt es Hoffnung in der deutschen Hauptstadt. Denn das Berliner Verwaltungsgericht stellte im Juli klar, dass ein „absolutes Verbot sexueller Dienstleistungen mit Körperkontakt in der geltenden Infektionsschutzverordnung“ gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße. Betreibern von „erotischen Massagesalons“ und „BDSM-Studios“ müsse „die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeiten“ unter strengen Auflagen ermöglicht werden.

Damit ist klargestellt, was in Berlin erlaubt ist, und was eben nicht erlaubt ist. Zum Beispiel elementare Grundrechte zu verteidigen....

Noch nie waren die alternativen Medien und Blogs in Deutschland so wichtig wie heute. Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine und unsere Aufklärungsarbeit hier zu unterstützen, bitte ich Sie um eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

Dieses Demo-Verbot darf keinen Bestand haben!

„Wer Seite an Seite mit Rechtsextremisten marschiert, verspielt jede Legitimation im demokratischen Meinungs austausch.“

Dieser Satz stammt von Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD). Und der setzte sogar noch einen drauf: „Hier geht es eindeutig um die Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“ Das kann man tatsächlich so sehen, aber nicht die Demonstranten, die am Wochenende nach Berlin kommen woll(t)en, bedrohen unsere Demokratie, sondern die Entscheidung des Berliner Senats, eine lästige Großdemonstration unter dem offenkundigen Vorwand des Gesundheitsschutzes einfach zu verbieten. Sind ja auch lästig, so Bürger, die nicht im Mainstream mitschwimmen wollen.

Ich bin der Meinung, es ist keine Zumutung, wenn ich im Supermarkt ein paar Minuten eine Schutzmaske tragen muss. Aber es ist eine Zumutung, wenn das politische Establishment den wachsenden Unmut in der Bevölkerung über Lockdown, verhüllte Kinder im Unterricht und die Einschränkung von Bürgerrechten und Meinungsfreiheit mit Verboten ersticken wollen. Das dürfen wir nicht einfach hinnehmen...

Noch nie waren die alternativen Medien und Blogs in Deutschland so wichtig wie heute. Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine und unsere Aufklärungsarbeit hier zu unterstützen, bitte ich Sie um eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .

Honig im Kopf, Teil 2

Weil mir immer wieder Leser schreiben, ich solle mich mal mit den wahren Vorgängen auf diesem Planeten beschäftigen und nicht nur an der Oberfläche kratzen, habe ich das vorhin getan. Ich habe mich hingesetzt und YouTube-Videos geschaut, eineinhalb Stunden lang. Über den Zusammenhang von Satanismus, bei dem man das Blut getöteter Babys trinkt, der umfassenden Macht der Bildberberger und Ex-Präsident Bill Clinton, wahlweise Hillary oder Bill Gates oder Weinstein, von der Neuen Weltordnung, der Bedeutung der Zahlenreihe 666 und den Chemtrails, die uns alle kirre machen. Von den Pädophilen und den Illuminitaten, vor denen uns nur noch ein starkes Russland schützen kann. Und als sei das nicht alles schon beunruhigend genug, habe ich auf die Zugriffszahlen geschaut – der wahre Horror. Kann das sein, dass so viele Menschen all das wirklich glauben?

„Vorwärts ficken“ beim öffentlich-rechtlichen Grundversorger

Insgesamt acht Stunden im Zug, sechs Stunden in Stuttgart, Deutschland retten. Ein schöner und erfüllter Tag mit sehr guten Gesprächen. Bis, ja bis ich Köln erreichte, die sich gern als Metropole betrachtet, warum auch immer. Jedenfalls stehe ich gegen 22.45 Uhr auf Gleis 9, Abschnitt D – G und freue mich auf den Regionalzug 7, der mich nach Hause bringt. Macht er aber nicht, denn der RE 7 fällt aus, wie Digitalanzeige informiert. Das will man lesen, wenn man 47 Kilometer von zu Hause auf dem Bahnsteig steht und der Zeiger der Uhr die 23 ankratzt.

Ich also raus aus *Cologne Main Station*, auf dem Weg zum Taxistand kurzer Stopp an der Currywurst-Bude, nach einem schnellen Blick auf die dargebotenen...Wasauchimmer...schnell weiter. Abends essen ist im Grunde auch nicht gesund, und die Servicekraft in der Bude hatte mir eh konsequent den Rücken zugedreht.

Mit dem Taxifahrer schnell handelseinig, auf die Autobahn und Radio an. *1 Live* – Sie ahnen es – die sympathische Jugendwelle der Staatssendeanstalt im Westen mit dem einprägsamen Namen W-D-R. Nun muss man wissen, dass der WDR etwa 4.000 Angestellte und – wie man mir einmal vor Jahren erzählte – 15.000 Honorarmitarbeiter beschäftigt. Beschwören kann ich das nicht. Jeder Haushalt ist jedoch verpflichtet, Zwangsgebühren zu entrichten, weil diese öffentlich-rechtlichen Sender Grundversorgung an Information und Unterhaltung bieten, die eine öffentliche Aufgabe ist.

1946 festgelegt, als es wenig zu Lachen gab in Deutschland und nur einen einzigen Fernsehsender. Irgendwie hat man seitdem übersehen, dass sich die Welt ein bisschen verändert hat und es jetzt dieses Internet gibt und ein paar Tausend TV-Stationen und Radiosender weltweit, die für jeden empfangbar sind. Und Streamingdienste wie Netflix oder YouTube...oder amazon prime... Aber seien wir nicht kleinlich. Grundversorgung an Unterhaltung – kann ja nicht schaden.

Während ich da schweigend im Taxi auf dem Beifahrersitz Richtung Heimat kutschiert wurde, hörten wir *1Live*, das an Grundversorgung eine schöne Sendung mit dem Titel „Fuck forward“ ausstrahlte, für diejenigen von Ihnen, die es nicht so haben mit Englisch: „Vorwärts ficken“. Inwieweit das jetzt unter Grundversorgung der Bevölkerung fällt, muss jeder selbst für sich entscheiden. Im Studio giggelten drei – darf man noch Damen sagen? – also Damen herum, wie eine Selbsterfahrungsgruppe Elfjähriger, die zufällig entdeckt haben, dass ihnen Haare wachsen. Ja, Haare, und nicht nur unter den Achseln, sondern sogar „auf dem Schamhügel“

Die Sendung – jedenfalls die 35 Minuten, die ich miterleben durfte – hatte null Erkenntnisgewinn für irgendwas, nur geistleeres Gequatsche, so als gäbe es da draußen keine Zuhörer. Da sitzen einfach drei Mädels ein bisschen aufgeregt um ein Mikrofon herum und erzählen sich gegenseitig, was sie so an sich selbst feststellen und wo es manchmal „angenehm juckt, ihr wisst, was ich meine...“. hahaha

Wirklich, mir ist weitgehend egal, was irgendwo jemand sendet oder auch druckt, und wer sich am Abend belanglosen Müll anhört. Aber – wtf – warum ist das eine Staatsaufgabe, die wir alle finanzieren müssen, ob wir wollen oder nicht? Ist diese Frage jetzt ganz schlimm rechts? Neiiiin, eher lustfeindlich, oder? Verklemmt vielleicht auch ein bisschen. Und „wtf“ wäre wirklich ein schöner Titel für eine Dokumentation über solche belanglosen Schwachsinnssendungen mit angehängten Gebührenzwang.

Blogs und alternative Medien wie diese erhalten keine staatlichen Gelder. Alles, was wir machen, können wir nur, weil es Leser gibt, die uns mit etwas Geld unterstützen. Wenn SIE in der Lage und willens dazu sind, diese Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .